

Auer Tageblatt

Bekanntmachung des Rates der Stadt Auer
Anzeige für das Erzgebirge

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis für den Anzeiger des Rates der Stadt Auer
Anzeige für das Erzgebirge

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 88

Donnerstag, den 16. April 1925

20. Jahrgang

Briand tritt zurück.

Ein Kabinett unter Painlevé. — Weigerung der Linken in die Regierung einzutreten.

Paris, 14. April. Der Geschäftsführende Ausschuss der Vereinigten Sozialistischen Partei des Seine-Departements hat heute vormittag eine Sitzung abgehalten und sich einstimmig gegen jede Beteiligung an der Kabinettbildung ausgesprochen. Er beschloß weiter, vom Nationalrat der Partei zu fordern, daß die Unterstützungspolitik nur zugunsten einer Regierung ausgeübt werde, die die Finanzlage durch eine Abgabe vom Kapital wiederherstellen wolle und die bereit sei, den Kampf gegen die Senatsaufgehungen.

Die kommunistische „Humanité“ veröffentlicht einen Aufruf des politischen Vorstandes der kommunistischen Partei, in welchem letztere aufgefordert wird, an der Bildung eines neuen Ministeriums des Kartells der Linken nicht mitzuwirken, sondern mit der kommunistischen Partei die proletarische Einheit gegenüber allen bürgerlichen Parteien zu schaffen.

Briand teilte gestern Abend dem Präsidenten der Republik mit, daß er zu seinem vollen Bedauern angesichts der politischen Umstände und der Weigerung der Sozialisten, an einer von ihm gebildeten Regierung teilzunehmen, nicht in der Lage sei, ein Kabinett zu bilden.

Paris, 14. April. Wie Savas berichtet, ist der Kammerpräsident Painlevé gestern Abend neuerlich durch mehrere Senatoren und Abgeordnete der Radikalen Partei gedrängt worden, keine ablehnende Haltung in Bezug auf die Uebernahme der Regierungsbildung aufzugeben. Sie hätten ihm vor Augen geführt, daß ein Kabinett mit ihm an der Spitze und mit Herriot als Außenminister sicher sein würde, von der Mehrheit, die in der Kammer das vorangegangene Kabinett unterstützte, günstig aufgenommen zu werden.

Gestern Abend 9¼ Uhr ist Kammerpräsident Painlevé ins Elysee berufen worden. Der Präsident der Republik ersuchte ihn das Kabinett zu bilden. Painlevé antwortete, er habe den Wunsch, dem Präsidenten der Republik den wichtigsten Bestand zur Lösung der Krise zu leisten und werde insoweit sich mit seinen Freunden besprechen und bis morgen vormittag die Antwort übergeben, ob er die Kabinettbildung übernehme oder nicht.

Marx in Königsberg. Deutsche Außenpolitik.

Nach einigen Dankworten an den ganzen deutschen Osten, der seines Deutschseins wegen so viel hat erdulden müssen, führte Marx u. a. aus: Bei Deutschlands ungünstiger geographischer Lage und insbesondere nach dem Verluste des Krieges muß die Außenpolitik in allen unseren politischen Entscheidungen den Vorrang haben. Dennoch handeln viele so, als brauchten wir uns um das Ausland sehr wenig zu kümmern. Wir sind in sehr wichtigen Beziehungen von der Einstellung ausländischer Mächte abhängig, eine Abhängigkeit, die durch den Verlust des Krieges stark vergrößert und zum Teil erst verursacht worden ist. Bei aller durch unser eigenes Interesse gebotenen Rücksicht auf das Ausland müssen wir aber unsere nationale Ehre und Würde wahren. Unsere nationale Ehre verlangt jedoch nicht, daß wir eine Macht vorläuschen, die wir nicht besitzen. Es ist töricht, mit großen Worten, hinter denen keine Kraft und Macht steht, das argwöhnische Ausland immer wieder mißtrauisch zu machen. Nichts ist falscher und schädlicher als hohles Pathos und große Gesten. Unsere Vaterlandsliebe muß mit Aufrichtigkeit gepaart sein und darum muß unsere Außenpolitik nach wie vor auf Verständigung mit unseren früheren Gegnern abzielen. Ehrlicher Weise sollten wir alle anerkennen, daß wir durch unsere Außenpolitik ein gutes Stück vorangekommen sind, um zum Beweise dafür brauchen wir nur den gegenwärtigen Stand unserer Wirtschaftslage mit den geradezu verarmten Verhältnissen aus dem Inflationsherbst 1923 zu vergleichen. Es ist die ernsteste Pflicht aller, alles zu vermeiden, was die Festigkeit unserer Währung und das ruhige Fortschreiten unserer Wirtschaft zu fördern in der Lage wäre. Unabsehbarer Folgen könnte es für uns haben, wenn das wiedererwachte Vertrauen des Auslandes zur deutschen Politik und zur deutschen Wirtschaft erschüttert würde. Je schwächer die Stellung eines Volkes ist, umso mehr müssen Klugheit und fähiger Verstand seine Politik leiten. Mit peinlicher Sorgfalt müssen wir alles vermeiden, was dem wachsenden Ausland Anlaß geben kann zu glauben, daß wir nicht mehr eine Politik der Verständigung, sondern der Rebanché führen wollen. Die Fortsetzung und Sicherung der Verständigungspolitik muß auch der Leitgedanke der Präsidentenwahl sein, wenn anders nicht großer Schaden für das Gesamtwohl erwachsen soll.

Das Ausland muß im Reichspräsidenten eine Gewähr für die Fortführung der Verständigungspolitik erblicken können. Außenpolitische Experimente darf sich unser Volk nicht mehr erlauben, denn wir haben genug Schreckel gehabt für die Erkenntnis, daß nur eine auf wirtschaftliche Verständigung abzielende Außenpolitik sich als erfolgreich für unseren nationalen und wirtschaftlichen Aufstieg bewährt. Unsere Wirtschaft ist das Rückgrat unseres Staates. Von ihrem Bestand und ihrem Wachsen hängt in erster Linie unsere Wiedererholung ab. Wie aber sollen wir wieder zur finanziellen und wirtschaftlichen Stärke und Blüte gelangen, wenn wir selbst die gesunde Entwicklung in unvernünftiger Weise fördern und hemmen.

Die sicherste Gewähr für eine regelmäßige und gesunde Fortentwicklung im Innern ist eine gesicherte Verfassung als Grundlage staatlicher Ordnung. Der abgeschlossene Wille, die Verfassung gegen jeden Einbruch zu schützen, hat auch die Parteien, die seit 1919 unentwegt zur Verfassung gestanden und auf ihr gebaut haben, im Volkskollekt zusammengeführt. Nur auf einer gesicherten Verfassung kann ein starkes nationales Leben aufblühen. Niemand wird die Weimarer Verfassung als

so vollkommen betrachten, daß sie nicht in einzelnen Punkten verbesserungsbedürftig erscheint. Aber an diese Verbesserungsarbeit wollen wir erst herangehen, wenn wir unser Haus gesichert haben und unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse mehr geordnet und beruhigt sind. Noch sind wir nicht so weit, u. jeder national denkende Mann wird sich entschlossen auf den Boden der Verfassung stellen und zur Verteidigung der Republik bereit sein.

Präsidentenwahlkandidat Marx ging dann kurz auf die Steuer- und Finanzgesetze ein, die von echt sozialem Geiste getragen sein müßten. Die Last auf den schwächeren Schichten muß möglichst erleichtert, und das Maß der Leistungen der Tragfähigkeit des einzelnen angemessen werden. In der Frage der Aufwertung habe der Staat die Verpflichtung, soweit es irgend möglich, d. h. soweit es die finanzielle Lage des Staates es irgendwie erlaube und es ohne Gefährdung unserer Währungsgrundlage geschehen könne, ausgleichend zu wirken und die entstandenen Schäden zu beseitigen.

Marx schloß seine Darlegungen mit dem Wunsch, daß die Entscheidung der Reichspräsidentenwahl so fallen möge, daß sie eine Fortsetzung der bisherigen bewährten Außenpolitik der Verständigung und der Befriedung der Welt befürzige.

Frankreichs finanzielle Lage.

Savas meldet aus Washington: Im Schatzamt wird behauptet, daß man für die nächste Zukunft die Einberufung der Schuldenkommission nicht ins Auge fassen. Man sei der Ansicht, daß Frankreichs finanzielle Lage unabhängig von seiner allgemeinen Wirtschaftslage sei, die ausgezeichnet sei und man zweifle nicht daran, daß ein so reiches und blühendes Land wie Frankreich imstande sein werde, der vorübergehenden finanziellen Schwierigkeiten Herr zu werden.

Paris, 14. April. Wie in den Wandelungen des Senats verlautet, ist dieser für morgen nachmittag einberufen worden, um den Gesetzentwurf betreffend die zwischen der Banque und der Bank von Frankreich abgeschlossene Konvention hinsichtlich der Erhöhung des Notenumlaufes um 4 Milliarden Franken zu ratifizieren. Bekanntlich hatte die Kammer schon am letzten Sonnabend eine Sitzung für morgen nachmittag 3 Uhr anberaumt.

Kleine politische Meldungen.

Brüssel, 14. April. Der König hat Banderowede gebeten, die Bildung des neuen Kabinetts zu übernehmen. Banderowede hat sich die Zusage vorbehalten, da er zuvor seine Freunde zu Rate ziehen will.

Sofia, 14. April. Auf Grund des Gesetzes zum Schutze des Staats hat das Kreisgericht in Warna 26 Kommunisten zu insgesamt 113 Jahren Kerker und Zwangsarbeit sowie den Kommunisten Michael Georgiew zum Tode verurteilt.

Sofia, 14. April. Auf Reparationskonto hat die bulgarische Regierung 800 Waggons Mais an Jugoslawien geliefert.

Woskau, 13. April. Wie die Russische Telegraphen-Agentur meldet, wurden in Georgien in der Nähe des Städtchens Katakarty drei Mitglieder einer nach dem Augustaufstand gebildeten Bande, als sie durch georgische Behörden verhaftet werden sollten, getötet.

Marshall Jochs Exposé.

Die Stunde der Entwaffnung hat noch nicht geschlagen.

„Echo de Paris“ schreibt aus dem Exposé des Marschalls Joch über die Nachmittel Deutschlands, aber die es heute verfüge, und über die morgen zu verfügen ihm die Rücksicht Frankreichs gestatten werde, sowohl in strategischer Hinsicht wie auch bezüglich der Herstellung von Kriegsmaterial, habe der Oberste Kriegsrat beschlossen, daß die Stunde der Entwaffnung noch nicht geschlagen habe. Dem Joch heute die Annahme der Reformpläne Mollets gleich, die der Oberste Kriegsrat als inopportun und gefährlich bezeichnet habe. Wie bekannt habe am 3. April der italienische Kriegsminister demissioniert, da ihm die Heerführer, die sein Projekt bezüglich der Herabsetzung der effektiven Bestände der Grenztruppen für gefährlich hielten, nicht folgten. General Mollet, der sich in derselben Lage befunden habe habe dagegen sein Amt nicht aufgegeben, und nur der Sturz des Kabinetts Herriot am Abend desselben Tages an dem der Oberste Kriegsrat seine Pläne abgelehnt hatte, habe ihn auch zum Rücktritt gezwungen. Es sei unerlässlich, so erklärt das „Echo de Paris“ endlich, daß das in Frage stehende Projekt trotzdem der Kammer unterbreitet werde, obwohl es von Obersten Kriegsrat verworfen worden sei.

Wie stellt sich das Ausland zur Wahl Hindenburgs?

Entgegen vielfach auftauchenden gefälschten Auslandsmeldungen folgende Tatsachen:

In einem Leitartikel mit der Ueberschrift „Republik oder Kaiserium?“ führt die „Times“ aus, es bestehe nicht langer der Schatten eines Zweifels darüber, vor welcher Entscheidung das deutsche Volk stehe. Die Wahl des Generalseldmarschalls von Hindenburg zum Gegenkandidaten von Marx habe ganz Europa verstimmt, um welche Frage es gehe, eine Frage, die sowohl für Europa wie für Deutschland sehr ernst sei. Es sei ein offener Kampf zwischen Monarchie und Republik, zwischen preussischem Militarismus und parlamentarischem System, zwischen Reaktion und Regierung des Volkes durch das Volk. Es sei nicht anzunehmen, daß diese Wahrheit den Massen des deutschen Volkes durch irgendwelche Sophismen oder falschen Darstellungen verheimlicht werden könne. Auf jeden Fall könne sie niemand auch nur für einen Augenblick vor den Augen Europas verhehlen. Europa wird, so schreibt das Blatt, in dem neuen Präsidenten eine reifliche und wohlüberlegte Wahl Deutschlands erblicken, die erfolgt ist in voller Kenntnis ihrer Folgen und im vollen Bewußtsein der damit verbundenen Verantwortlichkeiten. „Times“ führt weiter aus, was die Unterföhrung der Kandidatur Hindenburgs durch Großadmiral von Tirpitz für England und Amerika bedeute, sei in allen Ländern außer, wie es scheint, in Deutschland bekannt. Die Erhebung des Jüdischen Jarres durch den Soldaten Hindenburg habe sofort den Beitritt Ludendorfs und zweifellos mit oder nach ihm der Führer der Freikorps, der Leiter des Rapp-Wutsches, des Schüler Hitlers und des Schwarmes der Unverfrorenen und der Kämpfermiede zur Folge gehabt. „Times“ schließt, die deutschen Wähler würden instinktiv wissen, daß die Wahl eines erklärten Monarchisten und erklärten Dieners des Hauses Hohenzollern zum verabschiedeten Präsidenten der deutschen Republik allgemein als Warnung und als Herausforderung Europas aufgefaßt werden würde.

„Daily Express“ bringt in der vollen Breite der ersten Seite in Fettdruck die Ueberschrift:

„Der Schatten des vormaligen Kaisers legt sich über Europa“

und führt aus, ein Erfolg des Feldmarschalls von Hindenburg bei der Wahl würde eine sofortige Rückwirkung auf Frankreichs Politik und seine Haltung in der Schulfrage haben. Frankreich würde sich nur sicher fühlen, wenn es bis zu den Zähnen bewaffnet sei, und die Aussicht auf Zahlung der französischen Schuld an England würde in weite Ferne rücken. In einem Leitartikel sagt „Daily Express“, die britische Politik habe die Erholung Deutschlands ermöglicht, aber diese Erholung scheine für Deutschlands Seelenheil allzu rasch erfolgt zu sein. Die Tatsache, daß eine Reichsmark fünf französische Franken wert sei, habe eine ähnliche Wirkung auf die nationale Psychologie wie die alten Potsdamer Paraden. Die Deutschen machten sich nicht klar, daß die Wahl Hindenburgs gleichbedeutend mit einer Wahl des Marschalls Joch zum Präsidenten von Frankreich sein würde. Hindenburgs Wahl würde ein Unglück erster Ordnung sein, seine Niederlage würde, wenn sie nicht überwältigend ausfallen sollte, die Ableitung seiner Kommandierung nicht beseitigen. Selbst wenn lediglich eine starke Minderheit des deutschen Volkes ihn als Wahl-